

Behindertenorganisationen und NFA

«Vertraue auf das Parlament»

Steigt der Druck nach Einführung des NFA auf die Zuwebe-Werkstätte (hier Gruppenleiter Edgar Zihlmann mit Behinderten in der Korbflechterei in Baar), mehr Eigenleistungen erbringen zu müssen?
BILD WERNER SCHELBERT



Nationale Behindertenorganisationen befürchten bei einem Ja zum NFA einen Sozialabbau. Ängste, die man im Kanton Zug nur zum Teil teilt - dank dem Kantonsrat.

VON LUKAS NUSSBAUMER

Die SP des Kantons Zug, ihre Mutterpartei und mehrere Behindertenorganisationen fürchten den neuen Finanzausgleich (NFA) wie der Teufel das Weihwasser. «2 Milliarden Franken schwere Umverteilung auf Kosten der Behinderten - und niemand spricht darüber», protestiert der Verein «Behinderte gegen den NFA» im Internet. Es bestehe die grosse Gefahr, dass diese Gelder, die dannzumal von den kantonalen Parlamenten via Budgets gesprochen werden (im Kanton Zug rund 28 Millionen Franken, siehe Kasten), gekürzt werden, sagte auch der Stadtzuger SP-Kantonsrat Eusebius Spescha am Montagabend, als die kantonale SP die Nein-Parole zum NFA beschlossen hatte.

Profos: «Selbstverständlich Nein»

Ängste, die Brigitte Profos, Direktorin des Innern, «nachvollziehen» kann. Schliesslich blickt die SP-Regierungsrätin auf eine lange Karriere in verschiedenen Behindertenorganisationen zurück. Konsequenterweise deshalb, dass sie am Montag «selbstverständlich Nein gestimmt» hat, dass sie von einer sozialpolitischen Vorlage spricht, die als finanzpolitisch verkauft werde, dass sie sich ein starkes Engagement ihrer Partei, im Abstimmungskampf wünscht. Dennoch halten sich die Sorgen der ehemaligen Präsidentin des Vereins Tixi-Behindertentransport, Maihof-Stiftungsrätin und Vizepräsidentin von Pro Infirmis Schweiz in Grenzen. Weil der Zuger Kantonsrat Ende

1999 eine Motion des jetzigen Gesundheitsdirektors Joachim Eder auf Anraten des Regierungsrats erheblich erklärt hat.

«Im Interesse von uns allen»

Eder verlangte vom Regierungsrat schon damals - durchaus auch im Hinblick auf den NFA - einen Bericht, wie der Kanton Zug die voraussichtlich wegfallenden Bundessubventionen im Bereich der Alters- und Behindertenhilfe sowie der Behindertenwerkstätten und –wohnheime auffangen will. In ihrem Antrag, formuliert als «Grundhaltung», schreibt die Regierung: «Die Gestaltung von menschenwürdigen Lebensbedingungen für Menschen mit einer Behinderung und die Bereitstellung der entsprechenden Hilfen muss im Interesse von uns allen sein.»

Eine Vorlage, die Brigitte Profos, damals auch Mitunterzeichnerin des Vorstosses, so kommentiert: «Ein künftiges Parlament kann diesen Beschluss nicht einfach ignorieren.» Gleich denkt Joachim Eder, wenn er sagt: «Ich bin überzeugt, dass sich Regierung und Parlament ihrer Verantwortung gegenüber den Behindertenorganisationen auch nach der Einführung des NFA bewusst sein werden.»

Zur gleichen Einschätzung gelangt Bernhard Odermatt, Präsident des Vereins Zuwebe (Zugerische Werkstätte für Behinderte). «Ich glaube an die Menschlichkeit und vertraue dem Parlament.» Wenn ein Kanton

«Ein künftiges Parlament kann diesen Beschluss nicht einfach ignorieren.»

*BRIGITTE PROFOS,
REGIERUNGSRÄTIN*

diese Last tragen könne, dann der Kanton Zug, glaubt der pensionierte Staatskassier und frühere CVP-Kantonsrat. Sein Nein zum NFA begründet er denn auch nicht mit der Sorge um die künftige Finanzierung von Behindertenheimen und -werkstätten, sondern mit den gleichen Argumenten wie seine Partei.

Mehr Druck auf Werkstätten?

Ins gleiche Horn bläst Ruth Jorio, Präsidentin der Stiftung Maihof. «Für Zug habe ich keine Bedenken. Es geht um Aufgaben, die man nicht einfach wünschen kann. Man muss sie schlicht erledigen», sagt die frühere CVP-Politikerin, die ebenfalls aus ganz anderen Gründen, als sie SP und Behindertenorganisationen anführen, gegen den NFA kämpft. Sie findet, die NFA-Gesamtzusatzlast (mutmasslich 121 Millionen Franken) sei für den Kanton Zug zu hoch.

Möglich, sagt Jorio, sei jedoch, dass Behindertenwerkstätten mehr Probleme erhalten könnten als Wohnheime. «Es kann sein, dass der Druck, Eigenleistungen zu erbringen, steigt.» Die Zuwebe etwa erwirtschaftet in ihren Werkstätten pro Jahr Erträge von gegen 2 Millionen Franken. Bewohner von Maihof-Wohnheimen hingegen sind allesamt zu 100 Prozent invalid.

Vertrauensbeweise auf Vorrat, der Glaube an das Gute im Mensch, das Wissen um eine auch nach dem NFA hohe Zuger Finanzkraft: Eine Garantie, dass sich ein künftiges Parlament dereinst an einen Beschluss eines längst abgetretenen Rats erinnert, ist das alles nicht. «Leider nicht», seufzt Brigitte Profos.